

KLAUS HÖPCKE

Drei Programme – eine Partei?

Bevor ich auf die drei PDS-Programme von 1990, 1993 und 2003 zu sprechen komme, will ich kurze Anmerkungen zu Stichworten aus dem Vorfeld und Umfeld unserer programmatischen Arbeit vortragen.

I

Die Existenzfrage

Weiterwirken von Sozialistinnen und Sozialisten in einer erneuerten und weiter zu erneuernden gemeinsamen Partei – oder Parteiauflösung? Unter den existenziellen Fragen, für die von den Delegierten des Außerordentlichen Parteitags im Dezember 1989 Lösungen gefunden werden mußten, war diese politisch-organisatorische Entscheidung für das Schicksal der Partei und ihrer Mitglieder von besonderem Gewicht.

In heftigen Auseinandersetzungen unter den Delegierten, von denen einige – zum Teil mit starkem Bezirksdelegationsnachdruck – die Ansicht vertraten, nur mit Parteiauflösung sei es möglich, die Fehler zu überwinden, die zum DDR-Niedergang geführt hatten, machten die Befürworter von Erneuerung in und mit der bestehenden Partei zunächst einmal geltend: Parteiauflösung würde der Regierung Modrow die parteipolitische Grundlage entziehen. Darüber hinaus wiesen sie darauf hin, daß die Bildung von zwei, drei oder vier miteinander konkurrierenden linken Parteien heraufbeschworen werden könnte. Diese würden – schlimmsten Traditionen deutscher Linker folgend – wahrscheinlich mehr Kraft in Kämpfen gegeneinander vergeuden, als sie in den gemeinsamen Kampf gegen reaktionäre politische Strömungen, Organisationen, Parteien einzubringen instande wären.

Mit der Entscheidung der Mehrheit der Delegierten für Partei-erneuerung begann die Herausbildung der PDS. Wie wichtig diese Entscheidung gewesen und geblieben ist, werden wir gewahr, wenn wir uns einen Horror-Augenblick lang vorstellen, wo Sozialistinnen und Sozialisten heute in der deutschen Parteienlandschaft stünden, hätte der Parteitag anders entschieden.

Der Gründungskonsens

Als der ist abrufbar in aller Gedächtnis die Wortfolge: Bruch mit dem Stalinismus als System. Ein zutreffender Begriff. Wenn der Satz aber wie eine entleerte Floskel hergesagt wird, begünstigt das diejenigen, die nicht mit dem Stalinismus brechen wollten, sondern auf

Klaus Höpcke – Jg. 1933; Journalist; 1973-1989 stellv. Kulturminister der DDR; 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS, Wahl zum Mitglied von Vorstand und Präsidium der PDS, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1999 im Thüringer Landtag. Jüngste Veröffentlichungen: Gegensteuern! Zur Politikwechsel-Debatte (1998); Meinung verpflichtet. Streitfelder: Goethes Nachlaß/Rosa – unsere Vertraute? Krieg 1998, Krieg 1999. Im Rückblick: Glanz und Elend von DDR-Kultur (2000). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die moralische Lücke, Heft 147 (Januar 2003), S. 30-38.

Der Text folgt dem Vortrag zur Konferenz »Im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konflikten und politischer Identität: 15 Jahre PDS«, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 9./10. Dezember 2004 in Berlin. Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion.

Bruch mit dem Sozialismus hinarbeiteten. Von solchen Verwechslungen mußte und muß der Bruch mit dem Stalinismus bewahrt, er muß inhaltlich erschlossen und begriffen werden. Und zwar in seinen, wie ich es sehe, mindestens drei Dimensionen (um nicht verwirrend wieder von einem Dreieck zu sprechen, könnte man zur Abwechslung Dreisatz, Dreifaltigkeit oder Dreieinigkeit bemühen):

Erstens: Überwindung von administrativ-zentralistischen Partei- und Staatsstrukturen, von Kommandowirtschaft, Demokratie-Defiziten, fehlender Gewaltenteilung, Verletzung von Menschenrechten und in diesen Zusammenhängen Entschuldigung bei den Bürgerinnen und Bürgern für die verfehlte SED-Politik einschließlich begangener Verbrechen.

Zweitens: Einsatz für Freiheit und soziale Sicherheit als untrennbare Einheit, Vermeiden jeglicher Entgegensetzung von sozialen und politischen Rechten als Grundvoraussetzung sozialistischer Politik.

Drittens: Meinungsvielfalt statt Gängelei nach Dogmen – in der Gesellschaft und in der eigenen Partei.

Mit solchen geistigen Leitsätzen der sich herausbildenden PDS waren wesentliche Impulse für demokratisch-sozialistische Programm- arbeit gegeben. Zwiespältig hingegen wirkte meines Erachtens ein bejubelter nonverbaler Akt, Stichwort:

Die Besen-Metapher

Ich will etwas sagen zur showartigen Übergabe eines breiten Besens an Gregor Gysi nach seiner Wahl zum PDS-Vorsitzenden.¹ In dem Augenblick überwog im Saal die emotionale Zustimmung zu einem Symbol des Säubermachens. Wir hatten ja weiß Gott allerhand auszumisten. Man konnte an Herkules denken. Der freilich mußte der Sage nach den völlig verschmutzten Rinderstall von König Augias an einem einzigen Tag reinigen. Obwohl hier und heute bei uns auf Erden Fristen von so sagenhafter Kürze nicht ins Auge zu fassen waren, mag die Erinnerung an Herkules im Augiasstall als Ansporn zu schnellem Tempo gewirkt haben.

Der Königswusterhausener Chirurg Frank Rauhut, der den Besen »besorgte«, erinnert sich noch heute lebhaft und genau daran, wie es dazu kam: Die Delegierten hatten den Parteivorstand gewählt. Der zog sich zurück, um den Vorsitzenden, seine Stellvertreter und die Präsidiumsmitglieder zu wählen. In der so entstehenden Wartezeit beobachteten Delegierte, wie in Präsidiumsnähe ein Mädchen mit einem Strauß roter Nelken auftauchte. »Ach Herrje, das übliche Ritual«, stöhnte Rauhut und eine junge Potsdamer Parteitagsteilnehmerin, die sich gerade miteinander unterhielten. »Einen Besen müßte man ihm geben«, sagte die junge Frau. Und schon lief Rauhut los – um die Halle herum und in alle möglichen Ecken und Nischen. Bei seiner Suche bekam er zunächst aber nur ungeeignete Utensilien zu sehen. Bis er in einer Rumpelkammer eine ältere Frau sah, die wohl in dem Bau Bescheid wußte. Auf seine Frage nach einem Besen antwortete sie: »Ja, der große Saalbesen, der müßte noch hinter der Bühne stehen.« Rauhut eilte in den Saal zurück, und tatsächlich: hinter der Bühne fand er den »großen Saalbesen« – zwei auf ein Winkeleisen mit Stiel montierte Besenquasten. Seiner Delegierten-Gesprächspartnerin, die den pffiffigen Einfall gehabt hatte, fehlte,

1 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Hrsgg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Karl Dietz Verlag Berlin 1999, S. 160.

wie sie sagte, der Mumm zur Übergabe. So fragte man eine Freitaler Lehrerin, die kurz zuvor in der Parteitagdiskussion durch eine kluge Rede aufgefallen war, ob sie das übernehmen könnte; sie stimmte ohne Zögern zu. Das war die Situation in jenem Augenblick 1989. Die Initiatoren wollten ein Zeichen gegen Karrieristen und andere Übeltäter setzen und wurden im Saal so verstanden.

Neben dem Einverständnis mit solcher Absicht empfanden einige bei der Szene ein Unwohlsein. Lothar Bisky hat darauf voriges Jahr in einem Kolloquium in der »Hellen Panke« Bezug genommen.² Einer derjenigen, die Bedenken offenbart hatten, war ich. Meine Frage war: Gibt es zu wenig Gespür dafür, daß die Vorliebe für Reinigungsinstrumente wie Besen in der Politik Neigung zu pauschalisierendem, nicht individuell prüfendem Vorgehen anzeigt?³ Außerdem ist auf historische Erfahrungen hinzuweisen: Hatte es nicht 1953 in der »Neuen Berliner Illustrierten« (NBI) in einem Artikel von Gerhart Eisler unter der Überschrift »Senator Amok« ein – übrigens in einigen westdeutschen Bundesländern in Schulbüchern jener Zeit ebenfalls veröffentlichtes – Foto des Senators McCarthy gegeben, der vor dem Capitol in Washington mit einem riesigen Reisigbesen posierte, mit welchem er »unamerikanischer Umtriebe« Bezichtigte weggefegen wollte?⁴

Das wird im Dezember 1989 den meisten nicht gegenwärtig gewesen sein; mir auch nicht. Und ebenso nicht – wie ich durch ein Gespräch mit ihm weiß – dem Königswusterhausener Chirurgen Frank Rauhut. Inzwischen aber ist 1999 die McCarthy-Story genau dokumentiert von Heinrich von Grauberg in der »jungen Welt« in Erinnerung gebracht worden.⁵ Kann man das heute – fünf weitere Jahre danach – außer Betracht lassen?

Diese Frage gilt erst recht für Fakten, nachlesbar in zwei 1992 in deutschen Ausgaben erschienenen Büchern von Nikita Chruschtschow und Roy Medwedew. In »Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren« lesen wir über den XV. Parteitag der KPdSU (B) im Dezember 1927: »Eine der Delegationen überreichte dem Parteitagspräsidium einen Stahlbesen, und Rykow, als Vorsitzender des Präsidiums, übergab den Besen Stalin mit den Worten: »Hiermit überreiche ich diesen Besen unserem Genossen Stalin, auf daß er damit unsere Feinde hinwegfege.« Das gab großen Beifall und Gelächter. Rykow selber mußte auch lachen; augenscheinlich traute er Stalin zu, diesen Besen klug zu gebrauchen, zum Wohl der Partei, gegen parteifeindliche Elemente und die Gegner der Parteilinie. Rykow hat wohl nicht vorhergesehen, daß er von diesem Besen, den er Stalin 1927 übergab, selber weggefegt werden würde.« In einer Anmerkung dazu wird mitgeteilt: Alexej Iwanowitsch Rykow, direkter Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (Regierungschef der Sowjetunion), der zusammen mit Bucharin Stalin geholfen hatte, den Stab über Trotzki, Sinowjew und Kamenew zu brechen, wurde zehn Jahre später nach einem entsprechenden Prozeß im März 1938 erschossen.⁶ – Ähnlich wie Alexej Rykow 1938 erging es 1952 dem Generalsekretär des ZK der KPC Rudolf Slansky, der zuvor als Säuberer so rücksichtslos agiert hatte, daß er den Spitznamen »der große Feger« hatte. Wegen mangelnder Gefügigkeit in Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR und aus

2 Lothar Bisky: Gruß an einen guten alten Bekannten – formuliert mit seinen und mit meinen Worten, in: Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Hrsgg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, GNN Verlag Schkeuditz 2004, S. 15. Höpckes Satz »1989 gehörte ich zu denen, die ... wegen des problemverzerrenden Sinngehalts der gewählten Bildhaftigkeit ein ungutes Gefühl hatten«, versah Bisky mit drei Ausrufezeichen.

3 Vgl. die Notiz »Zur Frage nach dem Besen«, in: Klaus Höpcke: Meinung verpflichtet, GNN Verlag 2000, S. 283-285; darin heißt es u. a.: »In der Vorstellung mancher stellte sich die sehr widerspruchsvolle Problematik der politischen und sozialen Umbrüche als Wegfegen von Leuten, die Verantwortung getragen hatten, und überhaupt als eine Art Großreinemachen dar. Der metaphorische Gehalt des Akts der Überreichung des Reinigungsgeräts entsprang solcher Sicht und begünstigte sie.« Und weiter: »Für das Bedürfnis nach Selbstreinigung gab es Gründe – von geprüften und auch ungeprüften aktuellen Anlässen bis zu tiefreichenden Ursachen. Zweifellos. Dennoch halte ich es für gerechtfertigt, die gestische Episode mit dem Besen kritisch zu betrachten; sie zum eigentlichen Ereignis des Parteitags zu stilisieren – hinzuweisen, umzuempfinden – halte ich ... für falsch.« (S. 284).

4 Neue Berliner Illustrierte, Heft 46/1953, S. 14. Die Bildunterschrift zu dem McCarthy-Foto lautete in

einer späteren Dokumentation: »Das Letzte: Senator Joe McCarthy vor dem Capitol in Washington mit einem großen Besen, der das Land von »Kommunisten« befreien sollte. Gemäß Trumans Vision einer »freien Welt« hatten sich Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre bekannte Künstler wie Humphrey Bogart, Lillian Hellman, Dashiell Hammet und Bertolt Brecht vor dem von McCarthy initiierten »Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe« zu verantworten.«

5 junge Welt, 18./19. Dezember 1999, S. 10.

6 Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren. Hsgg. von Strobe Talbot. Eingeleitet und kommentiert von Edward Crankshaw. Mit einem Vorwort zur Taschenbuchausgabe von Botho Kirsch, Rowohlt Verlag Hamburg 1992, S. 50.

7 Siehe: »Ein kleiner Feger in der großen Zange. Heinrich von Graubergers Wintergartenlektüre (Teil IV)«, in: junge Welt, 18./19. Dezember 1999, S. 10/11.

8 Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus, Karl Dietz Verlag Berlin 1992, Bd. 1, S. 173.

antisemitischen Motiven wurde ihm der Prozeß gemacht, in dessen Folge Stalin Slansky wegfeigen ließ.⁷

Welcher sprachliche Ausdruck sich dem stahlborstenbestückten Fegegerät auf dem 1927er Parteitag hinzugesellte, skizziert Roy Medwedew in seinem Buch »Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus«. Beim Lesen der folgenden Auszüge belasse man es, bitte, nicht bei entgeistertem Kopfschütteln, sondern frage sich – nochmals: bitte – unaufgeregert und aufgeregt zugleich: Kann behauptet werden, in anderen Parteien als der KPdSU(B) und in neueren Zeiten sei der Umgang mit Kritikern gänzlich frei von Anklängen an Töne wie die hier zitierten? Medwedew schreibt: »Es herrschte eine Atmosphäre der Intoleranz: Reden einzelner Vertreter der Opposition wurden barsch unterbrochen, von allen Seiten hagelte es scharfe und beleidigende Rufe. Viele Parteitagsdelegierte forderten, noch härtere Maßnahmen gegen die Anhänger der Opposition zu ergreifen und jegliche Diskussion in der Partei einzuschränken. ... Ein Delegierter aus Tscheljabinsk, Kusma Ryndin, sagte: »Man darf diesen Betrügnern der Partei und ihren Versprechen keinerlei Glauben schenken. Wir wollen arbeiten, wir haben keine Zeit, uns mit Gezänk zu befassen und Kommissionen für alle möglichen Untersuchungen zu bilden.« Das Mitglied des ZK Filipp Golostschokin erklärte: »Wir müssen die Partei von dem oppositionellen Geschwätz befreien. ... Genossen, wenn wir mit der Opposition langes Federlesen machen, wird das unser Untergang sein.« Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Alexej Rykow, verstieg sich sogar zu folgender Äußerung: »Wenn man die Lage bedenkt, die die Opposition zu schaffen versucht hat, dann sitzen sehr wenig Menschen in den Gefängnissen. Ich denke, wir können uns nicht dafür verbürgen, daß die Zahl der Gefängnisinsassen in der nächsten Zeit nicht um einiges erhöht werden muß.« (Dazu gab es Zurufe aus dem Saal: »Richtig!«) Der Moskauer Delegierte G. Michailowski, der historische Tatsachen entstellte, sprach sich generell gegen Diskussionen in der Partei aus.«⁸

Dieser »Kehr«seite der Besen-Metapher, ihrer Entschlüsselung in repressionserpichteten Text-Fetzen entsprachen Säuberungskampagnen, genannt »Tschistka«.

Angesichts der Gelegenheiten zu historisch-kritischer Recherche und differenzierendem Nachdenken halte ich es für gerechtfertigt, Fotos vom Besen-Akt in der Berliner Dynamo-Halle auch kritisch zu sehen, statt sie geradezu verherrlichend als Sinnbild der Erneuerung zu präsentieren.

II

Nun zu der vom Veranstalter gestellten Frage, ob es eine und dieselbe Partei ist, die in den Programmen von 1990, 1993 und 2003 ihre Ziele, die ihnen zugrunde liegenden Wertvorstellungen sowie die Wege beschreibt, auf denen sie die Ziele zu verwirklichen anstrebt.

Wer wir sind, woher wir kommen, was wir wollen

Welche Auskunft geben die Programme darüber, *wer wir sind?* »Die PDS ist als sozialistische Partei offen für alle Kräfte des Volkes, die sich für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und solidari-

scher menschlicher Beziehungen einsetzen.«⁹ In dieser positiven Aussage stecken zugleich vier Abschiede: nicht Klassenpartei; nicht Weltanschauungspartei; nicht Annahme, Fortschritt und Sozialismus-sieg seien gesetzmäßig determiniert; nicht Anspruch auf führende Rolle gegenüber anderen. Die PDS orientiere sich, wird gesagt, »besonders an den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller Werktätigen«. Und weiter: »Sie strebt kein Monopol der Macht an. Geistige Intoleranz, Unfehlbarkeitsglauben, Missionarismus und Sektierertum sind ihr fremd. Ein Wahrheitsmonopol gibt es für uns nicht.«¹⁰ Bei dieser Haltung von 1990 ist die Partei in ihren späteren Programmen geblieben.

Eine Hin- und Her-Nuancierung gab es allerdings zu einem Satz, der nach ausführlicher Diskussion in das 1993er Programm aufgenommen wurde: »In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.«¹¹ Obwohl dem Satz Wirklichkeitsgehalt nicht abzusprechen ist, sollte er nach Meinung einiger im Text von 2003 fehlen. Er blieb dann aber doch erhalten. Umso mehr spitzte ich die Ohren, als am 9. Dezember 2004 in der Podiumsrunde der Parteivorsitzenden anlässlich der 15. Wiederkehr des Tags der Gründung der Partei deutlich wurde: Für Jüngere, die der Partei des Demokratischen Sozialismus aufgeschlossen begegnen, ist der Gesichtspunkt des grundsätzlichen Infragestellens kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse von besonderem geistigen Reiz und wachsendem politischen Interesse.

Zur Frage, *woher wir kommen*, enthalten die Programme zunächst einmal Nachrichten zu Quellen unseres Denkens in den Arbeiten von Marx und Engels, W. Liebknecht und Bebel, anders als zuvor auch von Bernstein und Kautsky, und mit dem größten Bemühen um erweiterte Kenntnis und tieferes Verständnis von Rosa Luxemburg sowie Karl Liebknecht, Lenin und Gramsci. Extra hervorgehoben wurden die ihnen nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklungen sowie Berührungen mit pazifistischen und religiös begründeten humanistischen Standpunkten.¹² Nicht minder wichtig sodann unsere rückblickende Sicht auf das Scheitern des sozialistischen Versuchs.

Im 1993er Programm ist letzterem ein eigener Abschnitt gewidmet.¹³ Dessen Aussagen haben ein Jahrzehnt lang vielen Genossinnen und Genossen geholfen, Stehvermögen und Überzeugungskraft gegenüber den verschiedensten DDR-Delegitimierungswellen zu beweisen und andererseits Schönfärberei abzulehnen, mit der einige aus den eigenen Reihen unser Leben vor 1989 ebenfalls verfälschen. Es bleibt dabei: Sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes eingesetzt zu haben, das bedarf keiner Entschuldigung. Es ist dann sowohl von wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit als auch von Fehlern, Irrwegen, Versäumnissen und selbst Verbrechen die Rede. Klar ausgesprochen wird, »daß ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht die Selbstbefreiung des Menschen gewähr-

9 Wahlparteitag der PDS 24./25. Februar 1990, Dietz Verlag Berlin, S. 90.

10 Ebenda.

11 Programm der PDS, beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, S. 25.

12 Wahlparteitag der PDS, a. a. O.

13 Programm der PDS ... 1993, a. a. O., S. 5, 6 und 7: »2. Das Scheitern des sozialistischen Versuchs«.

14 Ebenda.

leistet, früher oder später scheitern muß«. Der Abschnitt schließt mit der Feststellung: »Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten in der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen.«¹⁴

Daran war und ist nichts zu revidieren. Deswegen wurde im Abschnitt IV des Programms von 2003 die entsprechende Passage in gleichem Geist gefaßt. Und wenn nicht jeder dieser Sätze im jetzt gültigen Programm wiederholt wurde, sehe ich darin keineswegs eine nachträgliche Rechtfertigung von Revisionsübungen, in welchen medialen oder parlamentarischen Formen auch immer stattgehabt. Solchen Übungen steht auch die strikte Aussage entgegen: »Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.«¹⁵

15 Programm der PDS, Beschluß der 2. Tagung des 8. Parteitags der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 49.

Was wir wollen – wie wir es wollen – warum wir es so wollen:

»Sozialismus – Ziel, Weg und Werte« ist der erste Hauptabschnitt des vom Chemnitzer Parteitag (25./26. Oktober 2003) beschlossenen, jetzt gültigen Programms überschrieben. Er beginnt fast Wort für Wort so wie der entsprechende Abschnitt im vorher geltenden Programm. Es heißt jetzt: »Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.«¹⁶

16 Ebenda, S. 5.

Die Marktwirtschaftsfrage

Bei der Erörterung von Ziel-, Weg- und Werteformulierungen im Entwurf für das spätere Chemnitzer Programm hat am meisten Staub aufgewirbelt, daß da ziemlich herausgehoben ein Lob von Unternehmer»tum« und seinem Gewinnstreben festzuschreiben versucht worden war. Im Ergebnis von Diskussionen über Monate wurden Möglichkeiten einer vertretbaren Einbettung unternehmerischer Tätigkeit in das wirtschaftsbezogene Wirken anderer Kräfte der Gesellschaft gefunden. Als PDS-Politik-Forderung ist jetzt von einer »anderen Regulation von Wirtschaft« die Rede, wozu es heißt: »Ein größerer Freiraum für Bürgerinnen und Bürger, um selbständig über die eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, kann das schöpferische Wirken von Arbeiterinnen, Arbeitern und Selbständigen, von Ingenieuren, von wissenschaftlich Tätigen, von Leitungs- und Verwaltungsangestellten in Produktionsbetrieben, im Dienstleistungsreich und bei deren sozialer Lenkung anregen und begünstigen. Mehr Einfluß zivilgesellschaftlicher demokratischer Kräfte, neu zu

bestimmende sozial-ökologische Rahmenbedingungen für den Markt und vorausschauend gestaltende nationalstaatliche und internationale Politik müssen zu einer neuen gesellschaftlichen Regulationsweise verbunden werden.

Die gesellschaftliche Dominanz der Profitlogik ist daher mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.

Diese sozialistische Grundüberzeugung vertreten wir angesichts der bedrohlichen Differenz zwischen weltverändernden Produktivkräften und ihrer eingeschränkten Beherrschbarkeit aufgrund der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse und der mehrheitlich verinnerlichten Denk- und Verhaltensweisen.«¹⁷

Übrigens: Wer dachte und schrieb, das Verhältnis der PDS zur Marktwirtschaft sei erstmals 2003 im Chemnitzer Programm zum Ausdruck gebracht worden, irrte. In Wahrheit hat bereits der 1990er Wahlparteitag – und zugleich erste Programmparteitag – der PDS zur Problematik demokratischer Sozialismus und Marktwirtschaft Stellung genommen. Im Abschnitt II des von ihm beschlossenen Programms (Wege des Fortschritts in unserer Gesellschaft) wurde im ersten Teil (Marktwirtschaft und soziale Ideale) gesagt, »eine am Gemeinwohl der Gesellschaft und an dem Wohl jedes einzelnen orientierte Marktwirtschaft« sei »kein Widerspruch zu sozialistischen Wertvorstellungen«. Das müsse, hieß es weiter, »eine Marktwirtschaft sein mit ausgeprägter sozialer und ökologischer Zielstellung, die Leistung stimuliert und belohnt und wirtschaftliche Initiative in jeder Weise fördert. Die Regulierung durch den Markt muß im Interesse des Gemeinwohls unserer Gesellschaft und zukünftiger Generationen durch strategische Wirtschaftssteuerung des Staates ergänzt werden, wobei der Gesamtprozeß der demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegen muß«. Wir sprachen uns für ein marktwirtschaftliches Konzept aus, »das die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit unseres Volkes nicht preisgibt und in dem auch das gesellschaftliche Eigentum einen gewichtigen Platz hat; das vielfältige Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln entfaltet, ihnen gleiche Wettbewerbschancen einräumt; ... in dem das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit gewährleistet wird; das einer umweltschonenden Produktions- und Lebensweise verpflichtet ist und einen ökologischen Umbau der Gesellschaft zum Ziel hat.«¹⁸

17 Ebenda, S. 6.

18 Wahlparteitag der PDS, a. a. O., S. 93.

Die Freiheitsgüter

Zu einem aus meiner Sicht weniger befriedigenden Ergebnis haben die Debatten um »Freiheitsgüter« und die Wechselbeziehungen zwi-

schen Freiheit und Gleichheit geführt. Gut, es ist die vordergründige Massierung der Vokabel »Freiheitsgüter« etwas eingeschränkt worden, und deutlich mehr als in den Leitlinien und anderen Vorentwürfen findet man jetzt Bezugnahmen auf Gleichheit. Aber der vereinseitigende Satz »Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik« blieb stehen (*der* Bezugspunkt – statt: Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind *die* Bezugspunkte). Folgerichtig gibt es in unserem jetzigen PDS-Programm zwar den Satz »Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung«, nicht aber den Satz, daß Freiheit ohne Gleichheit ebenfalls Unterdrückung ist.¹⁹ Und das in einer Welt, in der die Unfreiheit von Milliarden Menschen von der Ungleichheit herrührt, von einer massiven, mit Kapital- und Militärgewalt betriebenen menschenverachtenden Ungleichmacherei.

19 Programm der PDS ...
2003, a. a. O., S. 6.

(Wer es für angebracht hielte, diese Überlegung mit dem Hinweis zu kontern, es gehe doch darum, soziale und politische Rechte nicht gegeneinander zu sehen und zu setzen, sondern in ihrem untrennbaren Zusammenhang, könnte sich fragen, ob er vielleicht überhört oder vergessen habe, daß genau dies gerade ein paar Zeilen weiter oben geschrieben wurde: in den Anmerkungen zum Stichwort Gründungskonsens. Wir hätten es mit einer Polemik nach dem Motto »Eulen nach Athen tragen« zu tun.)

Das Eigentum an Produktionsmitteln

Was das Eigentum an Produktionsmitteln betrifft, war im 1993er Programm gesagt worden: »Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.«²⁰

20 Programm der PDS ...
1993, a. a. O., S. 8.

Im jetzigen Programm ist der PDS-Standpunkt so zu fassen versucht: »Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen.« Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum bestehe in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.²¹

21 Programm der PDS ...
2003, a. a. O., S. 8.

Das, finde ich, ist in Ordnung. Schade allerdings, daß wir im Satz über die Alternative zu kapitalistischem Eigentum vor der von mir referierten positiven Aussage eine Prise Selbstgewißheit gegen Staatseigentum unterzubringen nicht unterlassen haben. Die Alternative bestehe, wird nämlich apodiktisch gesagt, »nicht in allumfassendem Staatseigentum«. – Allumfassend hatte niemand gefordert. Dagegen scheint es mir weltgeschichtlich verfrüht zu sein, Vergesellschaftungsformen in Gestalt von Staatseigentum eine allumfassende Absage zu erteilen. Im Vergleich zu der so eingenommenen Pose Professor Allwissend und Doktor Ganzgewiß würde ich dem bescheidenen Eingeständnis von möglichem Zweifel, der Haltung von im Suchen weiter Fragenden den Vorzug geben.

Insofern ist es sehr gut, daß wir im weiteren Text des Programms differenziert und präzise sagen: »Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, müssen gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, müssen zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen und schrittweise rückgängig machen, wo dies dem Gemeinwohl entspricht.«²²

22 Ebenda.

Die Alternativen

Was wir wollen und wie wir es wollen, das mußte im Geiste grundsätzlicher Positionen, aber im Hinblick auf in nächster Zeit anzupackende Politikaufgaben auch unter Berücksichtigung jetzt obwaltender Bedingungen detailliert ausgearbeitet und zusammenfassend dargestellt werden. Das ist in den *umfangreichen Alternative-Abschnitten* sowohl des Programms von 1993 als auch des Programms von 2003 geschehen²³ – für *PDS-Politik-Inhalte* zu Demokratie, Frieden und Gewaltfreiheit, Wirtschaft, Umwelt, Arbeit, sozialer Sicherheit und Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien und Ostdeutschland.

23 Programm der PDS ... 1993, a. a. O., S. 9-24, und Programm der PDS ... 2003, a. a. O., S. 20-48.

In dem Ende Oktober 2004 auf dem Potsdamer Parteitag beschlossenen Leitantrag wurden mehrere im Programm gestellte Aufgaben weiter konkretisiert:²⁴ von neuer Wirtschaftsstrategie über Wertschöpfungsabgabe, Rentenversicherung und Mindestrente von 800 Euro, solidarische Bürgerversicherung, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und Mindesteinkommen von 1 400 Euro, mehr Arbeitsplätze, verkürzte Arbeitszeit und Tariftreuegesetz, Steuerkonzept bis zur Besteuerung aller Einkünfte und gegen Privilegien, zu einem Programm der Energieeinsparung und zur verstärkten Orientierung auf erneuerbare Energien, um das Überleben der Menschen gegen die Gefahren, die von der Verunreinigung der Atmosphäre mit Klimagasen und ultrafeinen Stäuben ausgehen, zu gewährleisten; von einem klaren Nein zu Privatisierung und Börsengang der Deutschen Bahn, von Bildungsreform, Ausbildungsplatzabgabe, Veränderungen im Hochschulbereich einschließlich der Verhinderung von Studiengebühren, Nutzung der Entwicklungspotentiale und spezifischen Möglichkeiten in Ostdeutschland und allen in die Struktur-schwäche getriebenen Regionen, um ihre Benachteiligung mit deren schlimmen demographischen Folgen zu überwinden, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und Kampf zum Stopp des Rechts-

24 »Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag«, Beschluß der 1. Tagung des 9. Parteitags der PDS, in: DISPUT 11/04 (zugleich Pressedienst der PDS 45/46), S. 49-59 (hier besonders S. 52-58).

extremismus bis hin zur PDS-Positionsbestimmung gegenüber dem bisher vorliegenden EU-Verfassungsvertrag.

Es handelt sich durchweg um Vorhaben zum vervollkommenden Ausbau, zur besseren Fundierung, Stärkung und ergänzenden Weiterentwicklung sozialstaatlicher und demokratischer Regelungen.

Dabei ist auf das Verhältnis von Widerstand und Mit- und Umgestaltung Bezug genommen worden, was nicht zuletzt die Wechselbeziehungen zwischen außerparlamentarischem Kampf und parlamentarischer Arbeit einschließlich der je nach Kräfteverhältnis und realen Politikwechsel-Chancen zu entscheidenden Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Landesregierungen in Ostdeutschland betrifft. Hierzu gab es im 1993er Programm eine stärkere Gewichtung außerparlamentarischer Aktivitäten und Aktionen²⁵, was nicht heißt, diese würden im jetzigen Programm vernachlässigt, aber sachlich als eine gewisse Gewichteverschiebung doch festzustellen ist.²⁶ Es bleibt in der Praxis zu prüfen, was aus neueren Erfahrungen gefolgert werden kann.

25 Programm der PDS ...
1993, a. a. O., S. 25

26 Programm der PDS ...
2003, a. a. O., S. 51

Regierungsbeteiligung oder nicht?

Um ganz knapp meinen Eindruck von der gegenwärtigen Dynamik dieser zwei Seiten des »strategischen Dreiecks« der PDS-Politik mit zur Diskussion zu stellen:

Zu Veränderungen sind wir in zunehmendem Maße, ja in letzter Zeit fast ausschließlich durch den Druck außerparlamentarischen Protestes und Widerstands gekommen, und selbst, was dabei herauskam, geriet verhältnismäßig geringfügig – trotz zeitweilig großer Massenbeteiligung. Sehr viel hängt davon ab, ob und wie es gelingt, den Druck zu verstärken, der von solchen Aktionen ausgehen kann. Also: Unser Zusammenwirken mit Bewegungen wie Attac, mit Gewerkschaften und Verbänden muß weiter entwickelt werden. Das ist das A und O. Viel hängt auch davon ab, wie sich die Beziehungen zwischen der PDS und den sich als Wahlalternativen verstehenden neuen Zusammenschlüssen gestalten. Den sozialen und politischen Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechend kooperativ? Oder so, daß sie sich gegenseitig aus dem Felde schlagen – zum Frohlocken der Vertreter asozial programmierter Parteien und Verbände?

Die Parlamentsarbeit und da, wo sie stattfindet, Regierungsbeteiligung, sollte stetig selbstbewußt und frei von Selbstgefälligkeit daran gemessen werden, wie sie tatsächlich zur Mit- und Umgestaltung der Verhältnisse beiträgt. Unsere Programmatik würdigt das Politikum, das schon der Fakt darstellt, wenn uns Wahlergebnisse die Wahrnehmung von Regierungsverantwortung nahelegen, ja fast auferlegen. Zur Solidarität mit Genossinnen und Genossen, die dann entsprechende Funktionen und Arbeitsaufgaben übernehmen, gehören Unterstützung und Kritik. Wer Kritik abwimmelt, schadet sich, schadet seiner Mit-Regierungsfähigkeit, schadet dem politischen Ansehen unserer Partei und mindert ihre Aussichten auf Erfolge in künftigen Wahlen. Wer hingegen Unterstützung und Kritik annimmt, ja in Kritik von Kampfgefährten auch eine wichtige Art von Unterstützung erkennt, der mehrt in allen diesen Richtungen das Gewicht unserer Partei und ihrer Politik.

Von der dritten Seite im strategischen Dreieck – den über den Kapitalismus hinausgehenden Überlegungen – habe ich den Eindruck, daß sie augenblicklich arg vernachlässigt wird. Die Leute aber erwarten von uns auch Zukunftsentwürfe.

Die Lage und die Selbstveränderung

Ein interessanter Streitpunkt war in allen Programmdebatten, die wir in der PDS miteinander erlebten, die Frage, *wie wir die Situation in der Welt und im Land sehen und beurteilen*. Aus Platzgründen kann ich das jetzt nicht im einzelnen ausführen. Nur so viel: Es ging und geht immer wieder darum, ob die Schärfe des epochalen Umbruchs von 1989 zutreffend erfaßt oder durch mildernde Beschreibungen verharmlost wird. Das reichte bis ins Terminologische. Es gab Scheu, imperialistische Politik imperialistisch zu nennen, eine Scheu, die nicht zuletzt durch das Erlebnis der rauen Wirklichkeit dieser Politik überwunden wurde; die Texte belegen das – behutsam.²⁷

Wie *Veränderung mit der PDS und Selbstveränderung der PDS* als einheitlicher Prozeß verstanden werden, das haben wir uns im PDS-Alltagsleben erstritten und erfahren und im Programm niedergeschrieben.²⁸ Daß wir uns in unseren politischen Kämpfen auch weiterhin selber ändern, das wollen wir hoffen und daran wollen wir arbeiten. Zum Beispiel, indem der gedankliche Reichtum, der in den Köpfen unserer Mitglieder und Sympathisanten steckt, als anregende Kraft unserer politischen Arbeit sich voll entfalten kann – von allen so begriffen, genutzt und gefördert. Was heißt, im sechzehnten Jahr unserer Existenz als Partei des demokratischen Sozialismus nicht zu vergessen, worüber wir uns im Jahr der PDS-Gründung so klar geworden sind, daß wir darüber in dankenswerter Deutlichkeit gesprochen haben (ich zitiere aus den 1990er Begründungsreden zu Programm und Statut):

Wir sollten »überall im Lande die Wirksamkeit der Intellektuellen stärken. Das gilt auch für die Arbeit innerhalb unserer Partei. Die Bildung von Organisationsformen, wie zum Beispiel künstlerische Arbeitskreise, wissenschaftliche Gesellschaften, könnte das fördern.«²⁹ Und weiter: »Angesichts der breiten sozialen Basis der Partei und der Betonung der Individualität eines jeden Menschen orientiert das Statut auf die spezifische Interessenvertretung junger Genossinnen und Genossen, der Parteimitglieder mit höherem Lebensalter, der Frauen in der Partei, der sozial Schwachen, Behinderten und weiterer Personengruppen. Darum sieht das Statut auch die Möglichkeit vor, Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese sollten durch die Basisorganisationen und Vorstände unterstützt werden.«³⁰

Ansätze wie die damals so skizzierten könnten bei heutigen Anläufen zu Parteireform und Statutüberarbeitung weiter ausgebaut und gekräftigt werden. Für einen Irrtum halte ich die Annahme, IG, AG, Plattformen zu beeinträchtigen, die Aufmerksamkeit für sie zu schmälern, sei ein Weg zur Erhöhung der Geschlossenheit der Partei. Gewollte Steigerung ihrer Aktivitäten und integrative Toleranz im Umgang mit ihnen – auf diesem Weg kommen wir, wie die Erfahrung zeigt, am besten voran.

27 Siehe z. B. die Seiten 3, 15 und 16 des Programms von 2003.

28 Ebenda, S. 49-53.

29 Wahlparteitag der PDS, a. a. O., S. 85.

30 Ebenda, S. 111.

III

Es ist nicht überflüssig, sich auch zu überlegen, inwiefern wir uns nicht zu ändern gedenken. Es sei erlaubt, das am *Beispiel unseres Verhältnisses zur SPD und der SPD zu uns* zu veranschaulichen.

Am 20. Dezember 1989 tagte in Berlin ein Programm-Parteitag der SPD. Er beschloß das »Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. Dessen zweiter Abschnitt »Die Grundlagen unserer Politik« beginnt mit folgender Darstellung von »Grunderfahrungen und Grundwerten«:

»Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.«³¹

Dies ist nicht die einzige Stelle, an der zumindest kritische Berührung oder sogar weitergehende verbale Nähe zwischen sozialdemokratischen Auffassungen und Auffassungen demokratischer Sozialisten der PDS spürbar wurden. Das hat verständlicherweise unsere eigenen Programm-Ideen mit beeinflusst.³²

Heutigen Verlautbarungen aus der SPD fehlt es vielfach an Aussagen, die kritische Berührung und verbale Nähe zwischen dieser und unserer Partei vermuten oder erkennen lassen. Koalitionsregierungen auf Landesebene zum Trotz haben wir es auf SPD-Bundesebene im Hinblick auf die PDS mit zweierlei zu tun:

a) Wegwünsche-Träume, Austilge-Ambitionen, heimliche Abwerbersuche und unheimliche kleinkarierte Benachteiligungsmanöver à la Thierse gegen Lötzsch und Pau.

b) Anmaßende Forderungen nach Handlungs- und Standpunktänderungen in der PDS-Politik, nämlich: Wir sollen erstens die Vergangenheit so sehen wie die SPD, zweitens die Marktwirtschaft so praktizieren wie die SPD, drittens unsere außenpolitischen Positionen denen der SPD anpassen.

Schon vor Jahren, als er noch SPD-Generalsekretär war, hat Franz Müntefering solches Auflisten betrieben. Das sind seine Bedingungen, ob die SPD mit der PDS kann oder nicht kann.³³ Ich nenne dies Münteferings Domestikationskatalog. Strieder ging schon mal an dessen präambulierende Realisierung.³⁴

Was in Sachen Geschichte dabei herausgekommen ist, charakterisierte Detlef Joseph, BO 3/02 Berlin Treptow-Köpenick der PDS, in einem der Außerordentlichen Tagung des 8. Landesparteitags der PDS Berlin am 12. Januar 2002 unterbreiteten Antrag so: »Die zu Recht verurteilte Praxis der SED, geschichtliche Ereignisse parteiamtlich zu interpretieren, sollte nicht wiederaufleben. Regelmäßig führt bei Geschichtsexkursen einer Partei deren praktisches Politikinteresse die Feder und nicht die erforderliche Objektivität der wissenschaftlichen Betrachtung realer Geschichte.«

Von PDS-Zugeständnissen an SPD-Geschichtsverzerrungen – ob nun von Gremien oder einzelnen Personen geäußert – nahm Müntefering Kenntnis. Punkt 1 seines Katalogs hakte er geschäftsmäßig zunächst mal ab. Mit umso eifriger gesteigertem Aufwand nahm er

31 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag am 20. Dezember 1989 in Berlin, S. 6.

32 Das betraf z. B. Gedanken zur Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft und über die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit.

33 Siehe z. B.: Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000.

34 Vgl. die Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Berlin, und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Landesverband Berlin, für die Legislaturperiode 2001-2006, Präambel.

sich nun seine Katalogpunkte 2 und 3 vor, um weiter Druck auf die PDS auszuüben. In der Außen- und Wirtschaftspolitik habe die PDS »einiges zu klären«. Unter anderem ging es ihm um ihr Verhältnis zur NATO und die Frage, ob sie »Systemopposition« betreiben wolle oder sich als »Reformpartei« verstehe.³⁵ Nach Ringstorffs koalitionsabsprachewidrigem Ja zur Rentenreform im Bundesrat warf Müntefering der PDS-Spitze Fundamentalismus vor.³⁶ In der Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, aber auch in Fragen der sozialen Marktwirtschaft und des Privateigentums stimmten die Positionen der PDS nicht mit den Aufgaben dieses Staates überein.³⁷ Wegen des Verhaltens der PDS-Abgeordneten bei den Bundestagsabstimmungen zu Mazedonien und Afghanistan hat Müntefering Gregor Gysi und Dietmar Bartsch abgekanzelt, als handle es sich bei ihnen um ihm untergeordnete Leiter von SPD-Abteilungen. Sie hätten »versagt«, ließ er wissen.³⁸ Das klingt, als hätten sie gewollt, was sie nach Münteferings Willen sollten, es aber nicht zuwege gebracht, nicht geschafft. Deswegen bürstet der General seine vermeintlichen Burschen ab: Ihr Versager! – Wird man so bewertet, ist es zweckmäßig, öffentlich kundzutun: Versagt hätten wir, wenn wir auf Münteferings Verlangen eingegangen wären.

In einer Anfang 2001 von der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegten Studie heißt es, die SPD-Doppelstrategie gegenüber der PDS (Umarmung und Bekämpfung) habe bislang keinen Erfolg gehabt: »Weder ist es der Partei gelungen, die PDS in den neuen Ländern entscheidend zu schwächen (Stichwort Entzauberung), noch konnte sie ihre eigene soziale Basis zu Lasten der PDS deutlich verbreitern.«³⁹

Im Herbst 2002 mag Müntefering über solche Diagnose gelächelt haben. Hatte die von ihm so dauerhaft gescholtene PDS nicht gerade eine eindrucksvolle Bauchlandung »hingelegt«? War das Verfehlen der fünf Prozent bei den Bundestagswahlen vielleicht der Anfang des von ihm ersehnten Endes der PDS? Im Sommer 2004 gab es wieder Wahlen. Und es zeigte sich: Die PDS hatte die Kraft, sich erneut hochzurappeln. Dank der Erkenntnis, daß zur Niederlage von 2002 wesentlich beigetragen haben: mangelnde Eigenständigkeit in Wahlaussagen, Schielen aus der Führungsriege nach seinerzeit wie heute illusorischen Mitregierungsaussichten im Bund und herablassendes Abtun von Kritik aus den Reihen der eigenen Partei als störende »Bedenkenträgerei«. Die Partei als Ganzes erwies sich als imstande, solche Fehler nicht zu wiederholen. Wählerinnen und Wähler honorierten das.

Der Mann, von dem hier ein paar Absätze lang die Rede war, liebt oder kann, wie er sagt, kurze Sätze. Von vornherein gut sind kurze Sätze nicht in jedem Fall. Sie können auch mißraten. Ein Beispiel dafür lieferte Müntefering mit seiner Behauptung: »Die Bundesrepublik braucht keine Partei wie die PDS.«⁴⁰

Könnten Menschen in SPD-Führungspositionen möglicherweise erkennen, daß es inzwischen an der Zeit ist, einen anderen Umgang mit der PDS als bisher zu pflegen, einen Umgang, der ihrer wirklichen Rolle in der Gesellschaft gerecht zu werden versucht? Wie ihre drei Programme und ihr tägliches Wirken in den 15 Jahren seit ihrer Herausbildung zeigen, ist das eine sich eigenständig entwickelnde

35 Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000.

36 Berliner Zeitung, 15. Mai 2001.

37 NETZEITUNG, 3. Juli 2001.

38 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 2002.

39 Arbeitspapier/Dokumentation, hrsgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: SPD und PDS auf Bundesebene: Koalitionspartner im Wartestand?, Sankt Augustin, Februar 2001, S. 1; Ansprechpartner Dr. Stephan Eisel, Viola Neu.

40 taz, 4./5. März 2000.

und verändernde Partei. Die Vorstellungen ihrer Mitglieder und Vorstände sind den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus verpflichtet und entspringen vielfältigen Erfahrungen – praktischen und historischen. Letztere bestätigen, was sozialdemokratische Programmverfasser vor 15 Jahren im SPD-Grundsatzprogramm über die Arbeiterbewegung festgestellt haben: »Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.« Ohne Parteien, deren Mitglieder dieser Überzeugung sind, wird das wohl nicht zu schaffen sein.